



## Vorwort der Redaktion: Beständigkeit im Wandel

*Dieser Newsletter markiert den Start eines neuen Vierjahresprogramms der Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung sowie Bewertung im Bereich soziale Eingliederung\*. Beide Teile des Programms verfolgen dasselbe Ziel, nämlich die in diesem weiten Feld implementierten Politiken durch wechselseitigen Erfahrungsaustausch und Prüfung der Maßnahmen und Vorschläge durch Dritte zu verbessern. Ein weiteres Ziel ist die engere Koordinierung der beiden Aktivitäten, damit diese sich gegenseitig verstärken und voneinander profitieren, während gleichzeitig die entstehenden Berichte sowie die in diesen enthaltenen Schlussfolgerungen eine breitere Aufmerksamkeit finden.*

Die Peer Reviews werden auch weiterhin ein Forum für Mitgliedstaaten bieten, in dem diese innovative politische Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und zur Stärkung des sozialen Schutzes vorstellen können (insbesondere in den Politikbereichen Renten, Gesundheit und Langzeitpflege) und ihren EU-Partnern zur Prüfung präsentieren oder gemeinsam wichtige Fragen zu diesen Politikbereichen erörtern können, die in jüngster Zeit in den Vordergrund getreten sind. Wie in der Vergangenheit wird die geplante Serie von Reviews den Mitgliedstaaten Gelegenheit geben, aus der Praxis der anderen zu lernen. Der Prozess soll nicht nur der Verbesserung politischer Maßnahmen dienen, sondern auch die Wahrnehmung der jeweiligen Themen sowie der in dem Zusammenhang eingeleiteten Maßnahmen in der Öffentlichkeit stärken.

Das Netzwerk unabhängiger ExpertInnen wird auch weiterhin unabhängige und objektive Bewertungen der politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Lösung der Probleme sozialer Ausgrenzung sowie der spezifischen Maßnahmen, die zur Unterstützung der in dieser Hinsicht gefährdeten Personengruppen vorgeschlagen werden, erstellen. In jüngster Zeit lag ein Schwerpunkt auf dem

Zusammenwirken der politischen Maßnahmen im Bereich des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung mit dem Ziel einer nachhaltigen Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in der EU (dem Prozess des so genannten "Feeding-in" und "Feeding-out" – siehe Seite 3 weiter unten). Dieses Thema wird vermutlich auch in Zukunft aktuell bleiben, betrachtet man die Veränderung der Sozialstruktur vor dem Hintergrund sich immer stärker wandelnder globaler Zukunftsperspektiven und der anhaltenden Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten, dafür Sorge zu tragen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen sowohl vom Wirtschaftswachstum profitieren als auch in der Lage sind, zu dessen Erreichung beizutragen.

*\* Ein internationales Konsortium von Beratungsgesellschaften, bestehend aus ÖSB Consulting in Wien, CEPS/INSTEAD in Luxemburg, dem Institute for Employment Studies (IES) an der University of Sussex in Brighton und Applica in Brüssel, wird die Europäische Kommission bei der Durchführung dieses Programms unterstützen.*

Vorwort der Redaktion: Beständigkeit im Wandel .....	1
Peer Review zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung 2008.....	2
"Feeding-in" und "Feeding-out" – die wichtigsten Aussagen des Syntheseberichts des Netzwerk unabhängiger ExpertInnen für das zweite Halbjahr 2007 .....	3





## Peer Review zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung 2008

*Das Programm der Peer Reviews deckt eine Reihe von Themen von gemeinsamem Interesse innerhalb der EU ab.*

### **Österreich – 24./25. April: Initiativen sozialpartnerschaftlicher Einrichtungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von benachteiligten Personengruppen**

Der Zugang zu Beschäftigung ist eine wichtige Voraussetzung, um das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung zu vermeiden, und die Sozialpartner sind in dieser Hinsicht von zentraler Bedeutung. Diese Peer Review stellt daher Initiativen sozialpartnerschaftlicher Einrichtungen aus Österreich vor, deren Ziel es ist, insbesondere vier benachteiligte Gruppen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen (junge Menschen, ältere Menschen, Menschen, die aufgrund von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten nicht arbeiten, und Menschen mit Behinderung ganz allgemein).

### **Polen – 27./28. Mai: Öffentliche Information über Rentensysteme**

In den meisten Mitgliedstaaten wurden Rentenreformen bereits durchgeführt oder sind auf dem Weg, wobei die Rentenregelungen dadurch häufig noch komplexer werden, der Einzelne jedoch gleichzeitig mehr Wahlmöglichkeiten unter verschiedenen Modellen hat. Ziel dieser Peer Review ist es, ein tieferes Verständnis dafür zu wecken, wie sich die Nachfrage nach und das Angebot an Informationen seit der Durchführung von Rentenreformen in den Mitgliedstaaten verändert hat. Drei Hauptpunkte wurden behandelt: Informationen zu Veränderungen in den Rentensystemen, zu Rentenansprüchen und zu den Wahlmöglichkeiten bei der Rente.

### **Belgien – 12./13. Juni: Die Sozialwirtschaft aus der Perspektive aktiver Eingliederung**

Diese Peer Review untersucht die Frage, welchen Beitrag die Sozialwirtschaft potenziell zur Schaffung von Arbeitsplätzen

für benachteiligte Gruppen bei gleichzeitiger Erbringung stark nachgefragter Dienstleistungen leisten kann. Ziel ist es nicht nur, den Mitgliedstaaten Gelegenheit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu geben, sondern auch Behörden auf allen Ebenen auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen, welche die Entwicklung der Sozialwirtschaft bietet.

### **Deutschland – 30. Juni/1. Juli: Kosteneindämmung im Arzneimittelsektor und angemessene Versorgung**

Angesichts der dynamischen Entwicklung auf dem Arzneimittelmarkt stellt die Sicherung gemeinsamer Werte und Ziele in den Gesundheitssystemen der EU eine große Herausforderung für die Mitgliedstaaten dar. Dieser Erfahrungs- und Meinungsaustausch der Mitgliedstaaten, zusammen mit den InteressensvertreterInnen, hilft ihnen, Wege zu finden, wie Maßnahmen zur Kosteneindämmung verbessert werden können.

### **Spanien – 20./21. Oktober: Unterstützungsfonds für die Aufnahme, Integration und Ausbildung von ImmigrantInnen**

Spanien verzeichnete in den vergangenen Jahren einen erheblichen Anstieg der Immigration aus Nicht-EU-Ländern, wodurch nicht nur die Bevölkerung insgesamt, sondern auch die Arbeitsbevölkerung erheblich gewachsen sind. Die Peer Review wird Einzelheiten des Unterstützungsfonds vorstellen, der 2005 als Teil einer breiter angelegten Strategie, MigrantInnen in die Gesellschaft zu integrieren und ihren Beitrag zur Wirtschaft zu steigern, eingerichtet wurde.

### **Slowakei – 6./7. November: Soziale Folgenabschätzung**

Die Mitgliedstaaten legen immer mehr Wert darauf, die voraussichtlichen sozialen



Folgen geplanter politischer Maßnahmen abzuschätzen. In der Slowakei wird derzeit ein einheitliches Bewertungsverfahren entwickelt. Diese Peer Review wird Gelegenheit bieten, Erfahrungen bei der Bewertung sozialer Folgen auszutauschen.

**Deutschland – 17./18. November:  
Berufsrückkehr von Frauen**

Ein in der EU breit verankertes Ziel ist die Steigerung der Beschäftigungsrate von Frauen. Dazu müssen Frauen in die Lage versetzt werden, ihre Berufslaufbahn auch nach der Geburt eines Kindes weiter zu verfolgen. Diese Peer Review bietet Deutschland die Gelegenheit, die Maßnahmen vorzustellen, die zur Unterstützung von Frauen in dieser Hinsicht getroffen wurden, sowie anderen Mitgliedstaaten, diese zu kommentieren und ihre Erfahrungen weiterzugeben.

**Dänemark – 5. Dezember:  
Sozialdienstleistungen: Wahlfreiheit,  
Qualität und Gleichberechtigung**

Diese Peer Review befasst sich mit den Wegen zur Einführung von Marktmechanismen in die Erbringung sozialer Dienstleistungen, um Verbrauchern eine größere Auswahl an Dienstleistungen zu bieten, das Angebot enger mit der Nachfrage zu verknüpfen sowie den Wettbewerb zwischen den Dienstleistern zu fördern, um so die Qualität zu steigern und Kosten zu mindern. Obwohl die Systeme von Land zu Land unterschiedlich sind, gibt es doch genügend gemeinsame Merkmale, so dass die Mitgliedstaaten aus den Erfahrungen der Implementierung in anderen Ländern lernen können.

## **“Feeding-in” und “Feeding-out” – die wichtigsten Aussagen des Syntheseberichts des Netzwerk unabhängiger ExpertInnen für das zweite Halbjahr 2007**

Bei ihrem Treffen im Frühjahr 2008 bekräftigten die führenden Politiker der EU „die Bedeutung der sozialen Dimension der EU als integraler Bestandteil der Lissabon-Strategie“ und betonten „die Notwendigkeit, wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen stärker zu integrieren“.

Vor diesem Hintergrund begutachtete das Netzwerk unabhängiger ExpertInnen im Bereich der sozialen Eingliederung der Europäischen Kommission die Pläne der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der EU-Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, wie sie in den Umsetzungsberichten 2007 zu den nationalen Reformprogrammen dargelegt sind. Der [Synthesebericht des zweiten Halbjahres 2007](#) (auf Englisch) enthält eine Analyse

der wichtigsten Erkenntnisse, die sich aus den ExpertInnenberichten ableiten lassen.<sup>1</sup>

Eine Erkenntnis war, dass eine kleine Gruppe von Mitgliedstaaten die Verbindung zwischen sozialpolitischen Maßnahmen und politischen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung gestärkt hat, in den meisten Fällen diese Verbindung jedoch nach wie vor schwach oder schlicht nicht vorhanden war. In vielen nationalen Berichten findet der potenzielle Beitrag sozialpolitischer Maßnahmen zu höheren Wachstumsraten und mehr Arbeitsplätzen

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/sps/i/docs/social\\_inclusion/experts\\_reports/synt\\_hesis2\\_2007\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/sps/i/docs/social_inclusion/experts_reports/synt_hesis2_2007_en.pdf)



## Peer Review in Social Protection and Social Inclusion and Assessment in Social Inclusion

[www.peer-review-social-inclusion.net](http://www.peer-review-social-inclusion.net)

(Feeding-in) bzw. die günstigen Auswirkungen von höherem Wachstum und mehr Beschäftigung auf die soziale Eingliederung (Feeding-out) tatsächlich kaum Erwähnung.

Andererseits weist der Synthesebericht darauf hin, dass in einigen Ländern erkannt wurde, dass Programme zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung in Verbindung mit gezielten sozialpolitischen Maßnahmen ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung besonders benachteiligter Gruppen darstellen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass der Behebung von Defiziten in den Systemen des sozialen Schutzes und der Gewährleistung ausreichenden Einkommens für Alle, um das Abrutschen in die Armut zu verhindern, nur begrenzte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Bericht betont daher die Notwendigkeit eines ausgewogeneren Herangehens an 'Flexicurity', in dem Sinne, dass Sicherheit die gleiche Bedeutung beigemessen werden sollte wie Flexibilität. Er weist auch darauf hin, dass Themen wie Kinderarmut und das Wohlergehen von Kindern, Gleichstellung der Geschlechter, Wohnverhältnisse und Gesundheitsfürsorge in den nationalen Berichten nur selten Erwähnung finden und der potenzielle Beitrag insbesondere der letzten drei Themen zu Wachstum und Beschäftigung vernachlässigt wird.

In dem Bericht werden 10 Empfehlungen gemacht, wie die Verbindung zwischen den EU-Strategien für „Wachstum und

Beschäftigung“ und „Sozialschutz und soziale Eingliederung“ gestärkt werden kann. Drei dieser Empfehlungen sind von besonderer Bedeutung. Erstens sollten die EU-Staaten in ihren nationalen Berichten zu Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008–2010 systematischer als bisher berücksichtigen, welche Maßnahmen einen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung sowie zu umfassenderem sozialen Schutz und sozialer Eingliederung leisten können und auf welche Art und Weise. Zweitens sollten die Länder in ihren Nationalen Reformprogrammen 2008–2010 (NRP) den potenziellen Beitrag ihrer wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Schutzes und der sozialen Eingliederung bestimmen. Desgleichen sollte in den NRP auch bestimmt werden, welchen Beitrag Maßnahmen für Sozialschutz und soziale Eingliederung in Hinblick auf das Erreichen von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung derzeit leisten bzw. zukünftig leisten könnten. Drittens ist eine gründlichere und systematischere Bewertung und Berichterstattung zu den Auswirkungen wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen auf Sozialschutz und soziale Eingliederung auf nationaler und subnationaler Ebene erforderlich. Gleichzeitig ist es notwendig, dass die Länder auf diesem komplexen Gebiet voneinander lernen und sich stärker dafür einsetzen, dass dies tatsächlich geschieht.

Dieser Newsletter wird im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007–2013) veröffentlicht. Dieses Programm wird von der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission verwaltet.

Mehr Informationen finden Sie unter:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/progress/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/progress/index_de.html)

Mehr Informationen zu den Peer Reviews und der Politikbewertung sowie alle einschlägigen Dokumente sind abrufbar unter: [www.peer-review-social-inclusion.net](http://www.peer-review-social-inclusion.net)

Mehr Informationen zu politischen Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung in der EU sind abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/spsi](http://ec.europa.eu/employment_social/spsi)



## Peer Review in Social Protection and Social Inclusion and Assessment in Social Inclusion

[www.peer-review-social-inclusion.net](http://www.peer-review-social-inclusion.net)

Der Inhalt dieser Veröffentlichung gibt nicht unbedingt die Auffassung der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission wieder. Weder die Europäische Kommission noch in deren Namen handelnde Personen haften für die Nutzung von Informationen aus dieser Veröffentlichung.